

Resolution

des 32. Studierendenparlamentes

3. Sitzung am 20. Oktober 2005

„Keine Studiengebühren in Bielefeld und anderswo!

Mit dem Gesetz zur Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG) schafft die neue Landesregierung weitere Hürden beim Hochschulzugang. Der Gedanke der Chancengerechtigkeit wird dabei nicht nur ignoriert, sondern mit Füßen getreten.

Diesem müssen sich nicht nur die Studierenden, sondern die gesamte Hochschule in ihrem ureigensten Interesse widersetzen. Daher fordert die Studierendenschaft der Universität Bielefeld Rektorat und Senat auf:

- Verzichten Sie auf die Einführung von Studiengebühren vor Ort, so stark der Druck auch sein mag. Lassen Sie Bielefeld nicht zu einem Dominostein der Landesregierung werden, sondern zeigen Sie, dass es Alternativen gibt. Stellen Sie sich den PolitikerInnen entgegen, die glauben, unbequeme Entscheidungen auf uns als autonome Hochschule abwälzen zu können. Wir stehen damit nicht alleine: In Düsseldorf wurde vor wenigen Tagen bekräftigt:

„Der Senat der Fachhochschule Düsseldorf lehnt nach wie vor Studiengebühren in jeglicher Form ab.“

Diesem Votum sollte sich auch die Universität Bielefeld anschließen.

- Nehmen Sie klar und öffentlich Stellung gegen den Gesetzesentwurf. Die Studierenden in Bielefeld wollen keine Gebühren – vertreten Sie deren Interessen. Mit den bisherigen Äußerungen, die eher über die Höhe der Gebühren spekulierten, als die Sinnfrage zu stellen, gießen Sie Wasser auf die Mühlen der BefürworterInnen. Das Rektorat fordern wir auf, in der Öffentlichkeit die Position des Senats in Gänze zu vertreten, der offen sein Misstrauen gegenüber den Gebühren ausgedrückt hat. Kreditsysteme und Sozialstipendiate tragen nicht dazu bei, den Hochschulzugang gerechter zu gestalten, sondern verschärfen bestehende Ungerechtigkeiten.“

Beschlossen in der 3. Sitzung des 32. Studierendenparlamentes am 20. Oktober 2005.

gez. Martin Isbruch
(Vorsitzender des 32. Studierendenparlamentes)